

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1917

20.7.1917 (No. 194)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 194

Freitag, den 20. Juli 1917

160. Jahrgang

Expeditoren:
Karl Friedrich Strauß Nr. 14
Hauptredaktion Karlsruhe
Postfach Nr. 3515.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 4 M 45 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 4 M 62 P. —
Kanzelgebühr: die 6 mal gespaltenen Zeitungsblätter oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der
als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbelegung,
womöglichster Beirteilung und Kontostückverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung,
Kaufverweigerung, Maschinenbruch, Betriebsstörung oder in denen unserer Lieferanten hat der Inferent keine Ansprüche, falls die
Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Unverlangte Drucksachen
und Manuskripte werden nicht
zurückgegeben und es wird
keine Verantwortung für irgend-
welcher Vergütung übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den Nachgenannten die Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihnen von Seiner Majestät dem Kaiser verliehenen **Roten-Kreuz-Medaille** zu erteilen und zwar:

a) für die **rote-Kreuz-Medaille II. Klasse**:
dem Geh. Oberregierungsrat Dr. Paul Krenperger in Karlsruhe,
dem Landgerichtsdirektor Dr. August Dölter in Karlsruhe,
dem Medizinalrat Dr. Albert Guttenberg in Freiburg,
dem Kaufmann Anton Heinen (jung) in Forzheim,
dem Kaufmann Julius Otto in Heidelberg,
dem Medizinalrat Dr. Jakob Wegeler in Mannheim sowie
der Frau Markt. Geheimratin Freifrau Irma von Babo in Karlsruhe,
der Frau Geheimratin Anna Saas, Witwe in Karlsruhe,
dem Fräulein Ida Scipio in Mannheim;

b) für die **rote-Kreuz-Medaille III. Klasse**:
dem Geh. Regierungsrat Dr. Karl Thal in Schwetzingen,
dem Medizinalrat Dr. Hermann Baer in Waldshut,
dem Medizinalrat Dr. Karl Blum in Markdorf (A. Überlingen),
dem Geh. Regierungsrat Hugo Böckle in Bruchsal,
dem prakt. Arzt Dr. Alfred Berger in Schriesheim (A. Mannheim),
dem Kaiserl. Rechnungsrat a. D. Dr. Daniel Häberle in Heidelberg,
dem Medizinalrat Dr. Karl Henrici in Schwetzingen,
dem Pfarrer Georg Kappes in Raffig (A. Wertheim),
dem Amtsvorstand Oberamtmann Hermann Kevinger in Überlingen,
dem prakt. Arzt Dr. Albert Merk in Oppenau (A. Oberkirch),
dem Medizinalrat Dr. Johann Müller in Weersburg,
dem Kaufmann Alexander Nötter in Bruchsal,
dem Stadtschreiber Adolf Schaubhut in Handschuhsheim,
dem Hausmeister Jakob Schlaich in Freiburg,
dem Geh. Regierungsrat Dr. Otto Seidenadel in Karlsruhe,
dem Zahnärztin Binzing Sprenger in Stodach,
dem Kaiserl. Justizrat Dr. Robert Süßke in Weipzig,
dem Medizinalrat Dr. Max Thomann in Baden-Baden,
dem Stadtrat Georg Wörle in Heidelberg,
dem Geh. Regierungsrat August Wenzel in Ettlingen,
dem Oberlehrer Anton Winterhager in Weersburg (A. Überlingen),
der Frau Kaufmann Antonie Glöck in Karlsruhe,
der Frau Geh. Oberregierungsrat Marie Luise Glöck in Karlsruhe,
der Frau Paula Gebhard in Karlsruhe,
der Frau Maria von Guaita in Freiburg,
der Hauptlehrerin a. D. Anna Jung in Karlsruhe,
der Frau Geh. Hofrat Marie Klein in Karlsruhe,
dem Fräulein Bertha Leitz in Karlsruhe,
der Frau Geh. Hofrat Helene von Welschhauser in Karlsruhe,
dem Fräulein Anna von Bezold in Karlsruhe,
der Frau Geh. Kommerzienrat Helene Nästing in Mannheim,
der Schwester Josephine Schöpflin in Baden-Baden,
der Frau Regierungsrat Clara Siebert in Karlsruhe und
der Frau Oberlande-gerichtsrat Clara Schmidt in Karlsruhe.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 5. Juli d. J. gnädigst geruht, landesherrlich anzustellen:

die Eisenbahnsekretäre Albert Krok, Wilhelm Baeth, Franz Sturm, Philipp Kallenbach, Emil Dietrich, Max Roethlis, Armin Ehrlicher, Wilhelm Schmidt, Friedrich Stuk und Johann Kupferschmid unter Ernennung zu Oberrevisoren;
Stationskontrollleur Albert Radcl unter Ernennung zum Oberstationskontrollleur;
die Eisenbahnsekretäre Karl Bernuth, Paul Demmler, Otto Umringer, Eduard Götter, Georg Fingering, Johann Schiel, Gustav Kaufmann, Albert Behrle, Karl Wittmann, Ernst Kipling, Wilhelm Köble, Alfred Mayer, Karl Metz, Friedrich Weber, Theodor Büchler, Franz Hoffmann, Fritz Verberich, Emil Lammlein, Max Zimmerer, Karl Weingart, Johann Kagenmeier, Wilhelm Widenhäuser, Adolf Karl-Huber, Friedrich Müller, Eugen Knecht, Wilhelm Hoffert, Otto Bishoff, Hermann Jäger, Adolf Eckert, Ludwig Franz, Friedrich Vogt, Joseph Link, Emil Gulden, Martin Schaaf, Wilhelm Kempf und Otto Peter unter Ernennung zu Oberrevisoren;
die Baufektäre Wilhelm Blum, Friedrich Ruf, Theodor Denwalb, Adolf Klose und Hermann Becker unter Ernennung zu Obersekretären;
die Eisenbahningenieure Eduard Willibald, August Knapp und August Hoffmann.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Juli d. J. gnädigst bewogen gefunden, den von der ev. Kir-

chengemeinde Göbrißen gewählten Pfarrverwalter Ludwig Marx in Göbrißen zum Pfarrer daselbst zu ernennen.

Verordnung, Rauchverbot betr.

Meine auf Grund des § 9 b des preuß. Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und auf Grund des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 (R.G.B. 1915 Nr. 179 S. 813) im Interesse der öffentlichen Sicherheit für die zum Großherzogtum Baden und zu den Hohenzollernschen Landen (Regierungsbezirk Sigmaringen) gehörigen Gebiete meines Befehlbereiches erlassene Verordnung vom 6. 2. 17 (Staatsanzeiger Nr. 51 vom 21. 2. 1917) ergänze ich hiermit dahin:

Das Verbot des § 1 erstreckt sich auch auf alle Werkstätten und Lagerräume, in denen leicht entzündbare Gegenstände, wie Holz, Papier, Baumwolle, Lack, Spiritus, Petroleum, Öl usw. hergestellt, gelagert oder verarbeitet werden.

Karlsruhe, den 9. Juli 1917.

Der Kommandierende General:
Isbert, Generalleutnant.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 19. Juli.

* Vom Tage.

Hat auch die neue russische Offensive das Interesse an den innerpolitischen Ereignissen in Rußland etwas schwächer werden lassen, so darf aus diesem Umstand doch nicht geschlossen werden, daß den Ereignissen nur noch geringere Bedeutung zukäme. Es war ja vorauszuwischen, daß mit der Offensive eine stärkere Handhabung der Disziplin und ein kräftigeres Aufflammen des Patriotismus Hand in Hand gehen würde. Und ganz sicher hätte eine siegreiche Offensive beide Gefühle, das der Unterordnung und das der Vaterlandsliebe, so gestärkt, daß man von einer Reorganisation des gesamten staatlichen Lebens in Rußland hätte sprechen können. Aber die Offensive ist bis jetzt ohne Erfolg geblieben. Sie hat furchtbare Opfer gefordert, und mit Schauern erzählt man sich hinter der Front, wie Tausende und Aber-tausende nutzlos zur Schlachttbank getrieben worden sind. Daneben laufen freilich allerlei Bemühungen, durch geschickte propagandistische Ausnutzung einzelner lokaler Erfolge (Konjuch, Galica) die Massen von der Großartigkeit der strategischen Lage zu überzeugen. Nach den bisher zu uns gelangten Nachrichten zu schließen, haben diese Bemühungen nur stellenweise Eindruck gemacht. Im Allgemeinen scheint man auch in Petersburg einzusehen, daß auch diese neue Offensive ein Schlag ins Wasser war.

So ist es denn auch kein Wunder, daß sich der allrussische Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte nochmals eingehend mit der Frage, ob die Offensive notwendig war, beschäftigt hat. Wie es scheint, hätte der Kongreß dem Unternehmen überhaupt nur zugestimmt, weil er des naiven Glaubens war, man werde die Deutschen vom Boden Rußlands mit einem Schlage vertreiben, und dann werde der Frieden kommen. Wie gemeldet wurde, soll der Kongreß in einem Beschluß sich sehr bedingt für die Fortsetzung der Offensive ausgesprochen haben. Eines steht nach den übereinstimmenden Berichten der verschiedenen Parteien fest, daß die Leningruppe während der letzten Sitzungen des Kongresses immer mehr an Boden und Einfluß gewann, so daß sie schließlich über die starke Minderheit von mindestens 200 Stimmen verfügte. Vom Kongreß ist dieser Tage ein ständiger Ausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte gebildet worden, der sich als vorläufiges parlamentarisches Parlament bezeichnet und seinen Sitz in Petersburg hat. Sein Präsident ist Tschewidze, und die sozialistischen Mitglieder der Regierung gehören ihm an. Die Zahl seiner Mitglieder ist verhältnismäßig groß, nämlich 257. Nach der Auflösung dieses Ausschusses ist die Duma als aufgelöst zu betrachten. — Der Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung ist bekanntlich auf den 13. Oktober festgesetzt; die Wahlen sollen am 30. September stattfinden. Ob es möglich sein wird, den für die Wahlen notwendigen Verwaltungsapparat bis dahin fertig zu stellen, wird von manchen Seiten bezweifelt.

Schwierigkeiten im Innern gibt es gerade genug. Am 16. und 17. Juli haben in Petersburg schwere Unruhen stattgefunden, die sich gegen die provisorische Regierung und gegen die Offensive richteten. Sehr bedenklich sind auch die Loslösungs- und Autonomiebestrebungen gewisser Landesteile. Vor kurzem hat sich die Ukraine als selbständige ukrainische Republik mit einem Zentralrat an der Spitze konstituiert, der Zentralrat hat Beamte in seinem Namen ernannt, Steuern in seinem Namen ausgeschrieben und die Bildung eines eigenen Heeres in Angriff genommen. Daraufhin hat die provisorische Regierung die Minister Teretelli und Sobolew nach der Ukraine geschickt, um zu vermitteln. Man hat sich auf ein Kompromiß geeinigt, laut welchem bei der provisorischen Regierung ein besonderes, aus Ukrainern bestehendes Generalsekretariat für die Ukraine und bei der Obersten Heeresleitung eine ähnliche Sonderbehörde für die Soldaten aus der Ukraine errichtet wird; ferner sollen die in der Armee stehenden Ukrainer, wenn möglich, zu einem einheitlichen Heereskörper zusammengefaßt werden. Jedoch sind, wie sich alsbald herausgestellt hat, beide Teile mit dem Kompromiß nicht zufrieden: in der Ukraine regt sich Widerstand, und in der Regierung ist wegen des Kompromisses eine Ministerkrisis ausgebrochen. Die Kadettenminister sind zurückgetreten. — Dem ukrainischen Beispiel war sehr rasch Finnland gefolgt; nur hatte man dort den Bruch noch energischer vollzogen. Zurzeit besteht dort eine selbständige finnische Republik mit eigener Souveränität und eigenem Heer. Wie sich die provisorische Regierung mit ihr auseinandersetzen wird, ist noch nicht bekannt.

In Frankreich hat sich die öffentliche Meinung in den letzten Tagen mit einem freundigen und einem peinlichen Ereignis besonders eingehend zu beschäftigen gehabt. Das freundige Ereignis war die Ankunft eines amerikanischen Bataillons in einem französischen Hafen an der Westküste. Man hat in der dem Franzosen eigentümlichen überschwänglichen Art die Ankunft der kleinen Truppe als eine Tat von weltgeschichtlicher Tragweite gefeiert, und die Zeitungen haben in spaltenlangen Artikeln ihren Lesern von den rühmlichen Eigenschaften dieses Bataillons im besonderen, wie von der überwältigenden Bedeutung der nordamerikanischen Hilfe im allgemeinen erzählt. Solche, meistens mit phantastischen Zahlen und hoffnungsstiftenden Schilderungen gespickten Erzählungen waren dringend geboten. England und Frankreich haben bereits eingestanden, daß sie aus eigener Kraft den Krieg nicht gewinnen können, und daß Nordamerika in den Krieg eingetreten sei, um mit seinen ungeheuren Mitteln den Krieg durch einen völligen Sieg zu beenden. Selbstverständlich ist auch der französische Leser bereits gewöhnt genug, um sich zu sagen, daß zur Erringung eines solchen Sieges das Einsetzen eines großen nordamerikanischen Heeres nötig ist. Ob die Union wirklich beabsichtigt, ein ganzes Heer (also etwa eine halbe Million Streiter) nach Europa zu senden, wissen wir nicht. Ob sie zum Transport eines solchen Heeres mit seinem ganzen Bedarf und seinem ständigen Nachschub überhaupt imstande ist, und ob unsere U-Boote den Transport so großer Truppenmassen über den Atlantik zulassen werden, wird mit guten Gründen bezweifelt. Zum mindesten hat die Sache ihre ganz gewaltigen, kaum völlig zu überwindenden Schwierigkeiten.

Sicher ist die eine Tatsache, daß diese Hilfe frühestens erst im nächsten Jahre praktisch werden könnte. Demnach dem Eingeländnis eines nordamerikanischen Fachmanns (Frank S. Symmonds) könnten z. Bt. aus der regulären Armee der Vereinigten Staaten höchstens 1 1/2 Divisionen für den Auslanddienst bereit gestellt werden. Derselbe Fachmann schreibt dann weiter: „An Artillerie hat unsere Armee nicht genug 7,6 Zentimeter-Geschütze, um ein Armeekorps für den Auslanddienst auszurüsten. Es ist keine Geschützkategorie verfügbar, die den deutschen Kanonen ebenbürtig wäre. Unsere Offiziere sind höchstens in der Brigadeführung geübt, und was wir an Truppen vor 1919 nach Europa senden, wird mehr einen moralischen als materiellen Beitrag bedeuten.“ Mit dieser nackten und eigentlich trostlosen Wahrheit darf man den Franzosen natürlich nicht kommen. Gewiß gesteht man auch auf Seiten der Entente ein, daß die nordamerikanischen Truppen erst nach und nach formiert, erst nach und nach über den Ozean geschickt und erst nach und nach

in Frankreich endgültig ausgebildet werden können. Wer man versucht, dem Kaiser doch wahrscheinlich zu machen, daß im Frühjahr 1918 bereits ein Heer von Unionstruppen gegen die Deutschen fechten wird. Und um der Bevölkerung dies noch besser einreden zu können, macht man aus dem leisen Geräusch der vereinzelten Ankunft eines Bataillons einen Donner Schlag, als ob nun schon Tausende von amerikanischen Soldaten unterwegs seien. Zu diesen Mitteln muß man greifen, wenn man sich und die Bevölkerung noch bei einiger Siegeszuversicht erhalten will. Selbstverständlich hat der französische Leser diese schwingvollen Darlegungen gerne geglaubt, und daher ist "Lobby", wie man den Unionssoldaten nennt, zurzeit ungemein populär.

Weniger populär scheint Herr Poincaré, der Präsident der Republik, zu sein. Und das führt uns zu dem peinlichen Ereignis, mit dem man sich in Frankreich so lebhaft beschäftigt. Die schneidende Kritik, die mehrere sozialistische Abgeordnete in der Kammer an Herrn Poincaré übten, ist allem Anschein nach von weiten Kreisen des Volkes als durchaus zutreffend und berechtigt empfunden worden. Man macht nämlich heute ganz unumwunden den Präsidenten für die Tatsache, daß, und für die Art und Weise, wie die unglückliche Dissonanz an der Aisne unternommen und ausgeführt wurde, verantwortlich; er soll mit seinem persönlichen Einfluß als treibende Kraft hinter Nivelle gestanden haben. Der Vorwurf ist anscheinend auch vom Kabinett ernst genommen worden. Denn es hat alsbald nach den öffentlichen Angriffen in der Kammer ein Kabinettsrat — also eine Besprechung der Minister ohne den Präsidenten — stattgefunden, in dem sich ein gewisser Gegensatz gegen Poincaré bemerkbar gemacht haben soll. Danach hat ein sogenannter Ministerrat stattgefunden, also eine Besprechung, in der der Präsident stets selbst erscheint und den Vorsitz führt. Später wurde dann erneut von einer Dissonanz zwischen dem Präsidenten und dem Ministerium gesprochen; gleichzeitig wurde gemeldet, daß mehrere Minister, darunter der Marineminister Lacaze, zurücktreten würden. Die Angelegenheit ist noch in der Schwebe und noch nicht hinreichend geklärt, als daß man darüber ein zuverlässiges Urteil fällen könnte.

Der verschärfte U-Bootskrieg.

B.Z.V. Berlin, 18. Juli. (Amtlich.) Durch ein unserer U-Boote sind im englischen Kanal neuerdings 3 Dampfer, 2 Segler vernichtet, darunter befanden sich 2 bewaffnete beladene Frachtdampfer englischer Nationalität und der englische Dreimastkahn "Dean Swell". Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ludendorff über den U-Bootskrieg.

Wie das B.Z.V. hört, hat bei den Besprechungen über die militärische Lage, die in Berlin zwischen der Obersten Heeresleitung und Mitgliedern des Reichstags stattfanden, General Ludendorff über den U-Bootskrieg u. a. folgendes geäußert:

„Bei der Obersten Heeresleitung war für die Führung des U-Bootskrieges zunächst der Wunsch bestimmend, die feindliche Kriegswirtschaft und namentlich die Munitionserzeugung zu treffen. Die Westarmeen haben durch die U-Boote eine wesentliche Entlastung erfahren. Die feindliche Munitionserzeugung ist gemindert, die U-Boote haben diese Aufgabe erfüllt. Das Zusammenwirken der Marine mit der Armee stellt sich somit als musterhaft dar, ersparend den ungeheuren Verhältnissen des Weltkrieges, in dem wir noch mit beiden Füßen stehen.“

Die Oberste Heeresleitung erwarte von dem U-Bootskrieg ferner, daß er die Kriegsfähigkeit Englands durch Verminderung des Frachtraumes auf dem Weltmeer und die sich daraus ergebende Frachtminderung bricht. Die Erfüllung auch dieses zweiten Wunsches werde kommen und damit — trotz Amerika — die Beendigung des Weltkrieges und der auch von der Obersten Heeresleitung gewünschte Friede.

Saloniki, 19. Juli. (Reuter.) Japanische Kanonenboote sind im Mitteländischen Meer angelangt. (B.Z.V.)

Zweiter Tagesbericht vom 18. Juli.

B.Z.V. Berlin, 18. Juli, abends. (Amtlich.) Starker Feuerkampf in Flandern. Sonst nichts Besondere.

Westlicher Kriegsschauplatz.

* Ministerwechsel in England. Amtlich wird aus London gemeldet: Carson ist zum Mitglied des Kriegskabinetts ohne Portfeuille ernannt, Addison als Minister ohne Portfeuille mit der Aufgabe des Wiederaufbaues betraut, Montague zum Staatssekretär für Indien, Churchill zum Munitionsmminister und Sir Eric Geddes zum 1. Lord der Admiralität ernannt worden.

* Verschiebung der Alliiertenkonferenz. „Corriere della Sera“ meldet lt. B.Z.V., die Pariser Konferenz der Alliierten, die für den 19. Juli angelegt worden war, sei um einige Tage verschoben worden. Man nehme an, daß die Zusammenkunft am 23. Juli stattfinden wird, falls nicht die Mitglieder der englischen Regierung wegen der Sitzungen im Unterhaus noch länger in London zurückgehalten werden.

* Der Bombenangriff auf Jertizze. Das Hooger Kronenbureau erfährt, daß die kritische Lage

in Jertizze durch die Veranlassung für das Abwerfen von Bomben auf den holländischen Ort Jertizze in der Nacht vom 29. auf den 30. Juni zugegeben hat.

* Die Minderheit der französischen Sozialistenpartei haben nach einer Meldung des „Journal du Peuple“ in einer Versammlung die politische, durch die deutsche Krise geschaffene neue internationale Lage besprochen. An der Aussprache nahmen u. a. Longuet, Bourderon und Lonnat teil. Die Versammlung kam zu der Ansicht, daß die durch die Vorgänge in Deutschland geschaffene neue Lage auch der französischen sozialistischen Partei eine veränderte Haltung zur Pflicht mache. Nach einer Zeitschrift berichtet das Blatt dem B.Z.V. zufolge ferner, daß eine am Schlusse der Versammlung angenommene Tagesordnung auf sofortiger Einberufung des Nationalkongresses der französischen Sozialistenpartei besteht.

Westlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

B.Z.V. Wien, 18. Juli. (Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Südlich von Kalusz erweiterten kroatische Heeresstruppen und bayerische Bataillone im Angriff ihre vorgestern erlangten Erfolge durch Einnahme einer Höhe bei Novica. Ostlich von Kalusz wurde die Säuberung des linken Lomnicaufers abgeschlossen.

Somit auf keinem der Kriegsschauplätze Ereignisse von Belang.

Der Krieg zur See.

Der englische Überfall in holländischem Gewässer.

Osea, 18. Juli. Niederl. Korr.-Bür. Amtlich. Das Marineministerium teilt folgendes mit: Am frühen Morgen des 16. Juli sichteten die Posten der Küstengewässer sieben Frachtschiffe unbekannter Nationalität, die durch die Hobeitsgewässer in nördlicher Richtung zogen. Um 6.15 wurden von einem der Küstengewächter etwa 20 englische Kriegsschiffe gesichtet, die um 6 Uhr 50 in die Höhe von Veltzen kamen und innerhalb der Hobeitsgewässer die Handelschiffe zu beschließen begannen. Vier Frachtdampfer, obgleich sie innerhalb der Hobeitsgewässer zogen, wurden von den Kriegsschiffen weggenommen. Zwei führten direkt auf den Strand zu und wurden, nachdem sie schon festgelaufen waren, noch immer beschossen. Mehrere Geschosse fielen auf das Land. Ein anderes Handelsschiff ankerte bei dem Untersuchungsfahrzeug am Eingang nach dem Schulpengat. Als das Untersuchungsfahrzeug 18 englische Torpedofahrzeuge sichtete, löschte es die Anker und legte sich zwischen das Handelsschiff und die Torpedojäger, worauf diese in südlicher Richtung wegzogen. Als um 6 Uhr 52 in dem Felde die Nachricht eintraf, daß englische Torpedojäger innerhalb der Hobeitsgewässer auf Frachtschiffe Jagd machten, wurden das Kriegsschiff „Korteneer“ und vier Torpedoboote ausgesandt, die um 8 Uhr 25 an Ort und Stelle waren. Zwei andere Torpedoboote erhielten den Befehl, bei Terzel im Schulpengat zu kreuzen. Zwei mußten zwischen Wieland und Terzel kreuzen und zwei bei dem am Sonntag gestrandeten deutschen Schiffen. Es steht fest, daß der Angriff innerhalb der Hobeitsgewässer stattgefunden hat. (B.Z.V.)

Der Krieg und die Heimat.

Deutscher Reichstag.

B.Z.V. Berlin, 19. Juli. Am Bundestagstisch: Reichstanzler Dr. Michaelis, Staatssekretäre und Minister. Das Haus ist sehr gut besucht. Sämtliche Tribünen sind überfüllt. In der Hofloge sind anwesend der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, Herzog Ernst August von Braunschweig, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 3.18 Uhr. Er zollt dem aus dem Amte geschiedenen Reichstanzler von Bethmann-Hollweg herzliche Worte des Dankes für sein Wirken und begrüßt den neuen Reichstanzler Dr. Michaelis und wünscht ihm Glück und Erfolg in der verantwortlichen Führung der Reichsgeschäfte.

Der Präsident verliest ferner ein Telegramm der hellenischen Vereinigung in der Schweiz, in dem gegen das verbrecherische Attentat auf die Freiheit des griechischen Volkes protestiert wird.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Ersten Lesung der Kreditvorlage.

Reichstanzler Dr. Michaelis ergreift das Wort: In erster Zeit ist die zentnerschwere Last auf meine Schultern gelegt worden. Im Hinblick auf Gott und im Vertrauen auf die deutsche Kraft habe ich es gewagt und werde nun der Sache dienen bis zur letzten Hingabe. Von Ihnen erbitte ich vertrauensvolle Mitarbeit in dem Geiste, der sich in dem dreijährigen Kriege herrlich bewährt hat. An dem hochverdienten Reichstanzler ist herbe Kritik geübt worden, Kritik, die vielfach mit Feindschaft und Haß verknüpft war, die besser hinter verschlossenen Türen verblieben wäre. (Sehr richtig.) Erst die Geschichte wird wärtigen, was Bethmanns Kanzlerschaft für Deutschland bedeutete. Wenn ich nicht das Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache hätte, ich hätte mein Amt nicht übernommen.

Wir sind in diesen Krieg hineingezwungen worden. Ich erinnere an Anslands heimliche Rüstungen. Unser Kaiser hat sich zur Treue an Österreich bekannt, aber die Verantwortung für den Weltbrand abgelehnt. So spricht kein Mann, der den Krieg will, so spricht einer, der für den Frieden ringt. Unser U-Bootskrieg hat das und mehr geleistet, als man von ihm erhofft hat. Falsche Nachrichten aus geheimen Sitzungen sind in die Öffentlichkeit gebrungen und falsche Propheten über den Kriegsschluß haben dem Vaterland keinen Dienst erwiesen. Voller Vertrauen sehen wir auf unsere wackeren U-Bootsleute. Allen Kruppen zu Wasser und zu Lande, zur See und in der Luft sende ich unsere Grüße. (Lebhaftes Bravo.) Unser Dank ist unauflöslich. (Bravo.) Auch unseren Bundesgenossen gilt mein Gruß. Wir halten fest an unseren Abmachungen. Unsere militärische Lage ist

überall gut. Die Offensive der Engländer und Franzosen ist gescheitert. Unsere Gegenangriffe beweisen die ungebundene Kraft unserer Heere.

Der Reichstanzler erwähnt dabei ein soeben eingetroffenes Telegramm des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, in dem mitgeteilt wird, daß die russischen Stellungen heute vollständig von Berezow durchbrochen worden sind. (Lebhaftes Bravo.) (Schluß folgt.)

* Der Bundesrat entsandte am Mittwoch eine Deputation zu dem aus dem Amte geschiedenen Reichstanzler v. Bethmann-Hollweg. Der bayerische Gesandte Graf Verchenfeld gedachte in einer Ansprache der Größe der Verdienste, die sich der scheidende Kanzler um das Reich erworben habe und brachte den Dank des Bundesrates in warmen Worten zum Ausdruck. Herr v. Bethmann-Hollweg dankte in einer herzlichen Erwiderung für das ihm vom Bundesrat geschenkte Vertrauen.

Berlin, 17. Juli. Die zu einem Besuche Deutschlands hier eingetroffenen türkischen Tagesschriftsteller besichtigten heute mittag die Einrichtungen der Reichsbank. Sodann folgten sie einer Einladung des Kriegspresseamts zum Frühstück. Um 5 Uhr veranstaltete das Auswärtige Amt zu Ehren der türkischen Herren im Hotel Esplanade einen Empfang, dem auch S. H. der Vorkämmerer Haffi Pascha mit dem Personal der Botschaft und des Generalkonsulats beiwohnte. Im Namen des Staatssekretärs begrüßte Unterstaatssekretär Freiherr v. d. Busche die Gäste. Außer zahlreichen Herren des Amtes, insbesondere der Nachrichtenabteilung und der militärischen Stelle, waren die Leiter des Kriegspresseamts sowie der Pressestellen der verschiedenen Ämter und Ministerien, sodann mehrere Herren der Nachrichtenstelle für den Orient und der mit der Türkei arbeitenden Bankwelt sowie sonstige Freunde der Türkei erschienen.

Berlin, 18. Juli. (Nicht amtlich.) Von böswilligen Schwärzern werden Gerüchte verbreitet, die von Unruhen in Berlin im Anschluß an einige Versammlungen der unabhängigen Sozialdemokraten zu erzählen wissen. Wie das Wolffsche Telegraphenbureau dazu von zuständiger Stelle erfährt, sind diese Gerüchte aus der Luft gegriffen. Tatsache ist nur, daß sich am Dienstagabend im Norden Berlins von dem einen Versammlungsort aus ein Zug in Bewegung gesetzt hat, der sich bald von selbst zerstreute. Größere Teile dieser Menge begaben sich mit Omnibussen und Straßenbahnen nach dem Stadtinnern und verließen unter Führung eines bekannten Landtagsabgeordneten in der üblichen Weise zu lärmend und zu demonstrierend. Diese Truppe in Stärke von zusammen noch nicht 300 Personen wurden durch die Polizei mühelos südwärts und nordwärts der Linden zerstreut. Dem Ursprung der übertriebenen Gerüchte wird von Seiten der Behörden nachgegangen.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 19. Juli.

** Vom 21. Juli an wird der Werktag vor Feiertagen regelmäßig verkehrende Militärurlaubszug 5007 Mannheim—Offenburg (Mannheim ab 2.38, Offenburg an 5.51 nachm.) gegen Lösung von Fahrkartenweisen für Personenzüge für den allgemeinen Personenverkehr freigegeben.

** Vom Montag, den 23. Juli an erhält der Zug 861 Mannheim—Heidelberg (Mannheim ab 12.10 nachm.) einen Halt in Sodenheim und verkehrt: Mannheim ab 12.10, Sodenheim ab 12.17, Heidelberg ab 12.22, Friedrichsfeld Bad. Stb. ab 12.28, Heidelberg an 12.41 nachm. Vom gleichen Tag an hält der Personenzug 922 Friedrichsfeld M. N. B.—Mannheim (bisher Friedrichsfeld M. N. B. ab 1.53 nachm.) in Sodenheim sowie in Mannheim Abf. und verkehrt: Friedrichsfeld M. N. B. ab 1.52, Sodenheim ab 1.58, Mannheim Abf. ab 2.03, Mannheim an 2.09 nachm.

B.C. Großherzogs-Geburtstagspende. Die Landesversicherungsanstalt Baden hat am 18. Juli 60. Geburtstages des Großherzogs 10 000 M. gestiftet, wovon 5000 M. der Großherzogs-Geburtstagspende und 5000 M. dem Badischen Heimatsbank (Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge) zuzuführen.

* Drei Jubilare. Am 23. d. M. feiern drei altbadische Offiziere den Tag, an dem sie vor 60 Jahren als Leutnants in den Seeresdienst eingetreten sind. Es sind Generalmajor z. D. Hermann Seidner und die Majore a. D. Otto Gemp und Adolf Schneider. Von sieben Altersgenossen sind sie die Überlebenden und wohl die ältesten Lebenden des ehemaligen Großherzoglich Badischen Offizierskorps. — Die Jubilare sind Mitkämpfer der Kriege 1866 und 1870/71, in letzterem als Hauptleute und Kompagniechef im Leib-Grenadier-, 5. bezw. 6. Infanterie-Regiment.

Aus der Residenz.

* Vom Karlsruher Stadtpark.

Wer in diesem dritten Kriegsjahre des öfteren in unserem Stadtpark weilt, kann manches Wort der Bewunderung und ehrlichen Anerkennung hören. Und beides ist in der Tat berechtigt. Das verspätete, durch keine Kältefälle gehörlie Frühjahr und sein unmittelbarer Übergang in die heiße Sommerzeit bewirken eine außerordentlich üppige und pausenlose Entfaltung der seltenen Blüten- und Blüthenpracht, die dieses schöne Fleckchen Erde dem Auge darzubieten vermag. Es scheint, als hätte Mutter Natur ihre Ehre daran gesetzt, den Mangel an Menschenkräften auszugleichen, der eine intensive, systematische Pflege, wie sie in Friedenszeiten möglich war, ausschließt, und als wollte sie ihren Dank abzahlen für die liebevolle, zielbewusste und wohlüberdachte Arbeit, die hier seit Jahrzehnten geleistet wurde. Daß die städtische Garten-

